

"Arisierung": Mahnmal kommt

Parteiübergreifender Konsens

Bremen. Das Bremer „Arisierungsdenkmal“ nimmt Formen an: Die Stadtbürgerschaft hat am Dienstag beschlossen, ein Denkmal zur Erinnerung an die im Zweiten Weltkrieg ausgeraubten und ermordeten Juden auf den Weg zu bringen. Dabei votierten Grüne, SPD und Linke für einen gemeinsamen, von den Grünen initiierten Dringlichkeitsantrag. Um den parteiübergreifenden Konsens zu unterstreichen, hatten Grüne, SPD und Linke im Vorfeld eine Absprache mit der CDU getroffen: Während sich die CDU bei der Abstimmung über den Antrag von Grünen, SPD und Linken der Stimme enthielt, votierten diese für den ersten Punkt des nahezu identischen CDU-Antrags in gleicher Sache. Außen vor blieb dagegen die FDP, die in letzter Minute noch einen eigenen Dringlichkeitsantrag eingebracht hatte.

Breiten Raum in der Debatte nahm die Standortfrage ein. Weil die Logistikfirma Kühne + Nagel an der Ausplünderungsaktion maßgeblich beteiligt war, favorisieren Grüne, SPD und Linke einen Platz im Umfeld des Firmengebäudes. Eine moralische Verpflichtung von Kühne + Nagel, sich zur Verstrickung in begangenes Unrecht zu bekennen, sieht zwar auch die CDU. Die Aufarbeitung der Firmengeschichte dürfe "aber nicht konfrontativ verlaufen", warnte Claas Rohmeyer. Keine Mehrheit fand der FDP-Antrag, zur Verdeutlichung der beteiligten Institutionen mehrere Gedenkorte zu schaffen – etwa durch einen Waggon an einem der Bahnhöfe, an denen das Raubgut ausgeladen wurde.
